

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss, Erhard Demmer, am 10. März 2010

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

„Kommunen steuern auf Rekorddefizit zu“,
„Städte warnen vor finanziellem Kollaps“,
„Kommune muss Tafelsilber verkaufen“,
„NRW-Städte ringen um ihre Kultur“,
„Stadt droht Nothaushalt“,
„Der Hilfeschrei der Städte“

– alle diese Schlagzeilen aus den letzten Wochen kommen Ihnen sicherlich bekannt vor.

Und Sie werden sich daran erinnern, dass es ähnliche Schlagzeilen zumindest im letzten Jahrzehnt immer wieder gegeben hat.

Ein Déjà-vu-Erlebnis also, aber nicht im psychopathologischen Sinne als Erinnerungs- oder Bekanntheitstäuschung, sondern ein Déjà-Vu, dem eine ganz reale Erinnerung zugrunde liegt.

Zum Beispiel an das Jahr 2002. Mitte Januar titelte die Süddeutsche Zeitung: „Auf dem Niveau von Entwicklungsländern – Einigen Kommunen droht die Pleite“ und verwies darauf, dass sich die Kommunen in einer schweren Finanzkrise befinden.

Folgt man der Aussage des Films **Déjà Vu – Wettlauf gegen die Zeit** (Regie Tony Scott, Hauptdarsteller: Denzel Washington) enthalten Déjà-Vus Warnungen aus der Vergangenheit und Hinweise auf die Zukunft.

Die Warnung aus der Vergangenheit ist uns noch bekannt:

Damals sollte eine „Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen“ Vorschläge für eine Gemeindefinanzreform unterbreiten, eine Reform, die die Gemeindefinanzen auf eine sicherere Grundlage stellt.

Damals habe ich hier für die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN die selbstkritische Befürchtung vorgetragen, „dass der Bund und die Länder (...) angesichts der durch die anhaltende Wirtschaftskrise katastrophalen Situation der Kommunalfinanzen zwar Krokodilstränen vergießen, letztlich aber den kleinen Patienten die Luft abdrehen.“

Wir haben leider Recht behalten.

Es ist nichts Substanzielles zur Verbesserung der kommunalen Lage geschehen.

Hinzu kommt, dass marktradikale Hasardeure und Spekulanten veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen schamlos, aber systemkonform, für sich ausgenutzt haben, mit der bekannten Folge, dass das turbokapitalistische Wirtschaftssystem kurz vor dem Kollaps stand.

Dies hat auch der in Lob- und Selbstbeweihräucherungsreden immer als Wachstumszone dargestellte Rhein-Kreis Neuss empfindlich zu spüren bekommen. Und er wird dies auch mindestens im kommenden Jahr noch weiter spüren:

Die Einnahmen brechen weiter ein und die Sozialausgaben explodieren. Letztere sind im Haushalt wider besseren Wissens zu knapp kalkuliert.

In Wirklichkeit ist also der Kreishaushalt noch defizitärer. "Erst wenn Ebbe kommt", so hat Warren Buffet einmal gesagt, „sieht man, wer ohne Badehose ins Wasser ging."

Und so konnte man jetzt sehen, dass die Situation des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen viel prekärer ist, als dies vor der Kommunalwahl von der CDU dargestellt wurde.

Nur mit einem solidarischen Griff in die Ausgleichsrücklage konnte in diesem Jahr verhindert werden, dass die vielzitierte Kreisgemeinschaft implodiert.

Welchen Hinweis können wir aber aus dem Déjà Vu für die Zukunft bekommen?

Wie, so fragen wir GRÜNE, soll kommunale Politik ab 2011 überhaupt noch gestaltbar sein? Es ist in der Tat „ein Wettlauf gegen die Zeit“!

Dass sich die Kommunen und Kreise nicht alleine helfen können, dürfte mittlerweile sogar bei der FDP vor Ort angekommen sein, wenn auch ihrem Chef auf seiner bisherigen Welttournee das Wort „Weltwirtschaftskrise“ nicht über die Lippen kommt und er in seiner heilen Welt lieber von „geistig-politischen Wenden“ und Steuersenkungen schwadroniert und Hartz IV-Empfänger als Schmarotzer abstempelt.

Wer aber hilft den Kommunen?

Bestimmt nicht die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land, die in einer nie zuvor gekannten Kommunalfeindlichkeit die kommunalen Finanzen ruinieren.

So hat das Land in den vergangenen Jahren massiv auf Kosten der Städte und Gemeinden gespart sowie Lasten und Aufgaben ohne entsprechenden Ausgleich auf die kommunale Ebene abgeschoben. Allein in den Jahren 2005 bis 2009 hat NRW rund 18 Milliarden Euro Steuern mehr eingenommen als im Vergleichszeitraum 2000 bis 2004.

Davon haben die Städte und Gemeinden aber unterdurchschnittlich partizipiert. Über 4 Milliarden Euro machen die von der Landesregierung und der schwarz-gelben Mehrheit zu verantwortenden Verschlechterungen mittlerweile aus.

Das Land hat unter anderem den Anteil der Kommunen an der Grunderwerbsteuer gestrichen - dafür beteiligt es aber die Städte und Gemeinden doppelt so hoch an den Krankenhausinvestitionen - und leitet die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes nicht an die Kommunen durch.

Genauso enthält das Land den Kommunen die Kostenbeteiligung des Bundes an den Betriebskosten der U 3-Betreuungsplätzen vor und es hat die Beteiligung an den Elternbeiträgen für Kindertagesstätten gestrichen.

Auch der Bund trägt durch ständige Reduzierung der Einnahmen und Verlagerung von Lasten auf die Kommunen einen enormen Anteil an der finanziellen Misere der Städte und Gemeinden bei.

So wenig wie ein Neusser Berlin im Fußball helfen kann, so wenig hilft das politische Berlin – Staatsminister hin, Generalsekretär her – dem Rhein-Kreis Neuss.

So hat der Bund im Rahmen der Konjunkturpakete unter anderem Steuerentlastungen in Höhe von jährlich 13 Milliarden Euro beschlossen.

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, ein gnadenloser Euphemismus, erhöht diese Steuerauffälle um weitere 8 Milliarden Euro.

Laut Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP soll ab dem Jahr 2011 im Rahmen einer weiteren Steuersenkung eine zusätzliche Entlastungsstufe in Höhe von 19 Milliarden Euro durch Einführung eines Stufentarifs erfolgen.

Das Bundesfinanzministerium geht allerdings bei Einführung eines solchen Tarifverlaufes ohne weitere Änderungen des Steuerrechts von Kosten in Höhe von 67 Milliarden Euro aus. Dieses unvorstellbare Volumen würde die Kommunen mit Einnahmeausfällen von weit über zwei Milliarden Euro jährlich treffen.

Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt aber der kommunalen Daseinsvorsorge ein besonderer Stellenwert zu.

Auch der Rhein-Kreis Neuss trägt und gestaltet zahlreiche Dienstleistungen und Hilfen für die von der Krise bedrohten und betroffenen Menschen.

Besonders große Bedeutung haben in schwierigen Zeiten die sozialen Leistungen für Langzeitarbeitslose, die Leistungen der Integration, der Bildung und der Betreuung von Kindern.

Daher ist entschlossenes und zielgerichtetes sowie rasches Handeln aller politischen Ebenen erforderlich. Und deshalb müssen CDU, FDP und auch UWG ihr borniertes Politikverständnis endlich aufgeben und sich auch mit Problemen befassen, die die Rahmenbedingungen der Kommunen erheblich beeinflussen. Die Verschränkung der Ebenen, die unmittelbaren Auswirkungen von bundes- und landespolitischen Entscheidungen erfordern eine Abkehr von der beschränkten Kommunalpolitik im engeren Sinne und eine Renaissance der „Politik im kommunalen Bereich“.

Unser Ziel muss es weiterhin sein, für alle Kommunen verlässliche und aufgabenadäquate Einnahmepotenziale zu erschließen.

Bund und Land müssen die Kosten des Sozialstaats deutlich stärker schultern.

Die Landesregierung muss sofort auf die Kommunen zugehen und mit ihnen gemeinsam einen "Solidarpakt Kommunalfinanzen" auflegen.

Unsinnige Gesetze - wie das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" – sind rückgängig zu machen.

Der Bund muss in einem ersten Schritt wieder einen angemessenen Anteil an den Kosten der Unterkunft tragen.

Das Land muss die Regelungen zur Konnexität strikt einhalten und darf nicht Aufgaben und Lasten ohne angemessenen finanziellen Ausgleich auf die kommunale Ebene abschieben. Beispiele im Rhein-Kreis Neuss gibt es dafür genug:

Da sind neben den schon genannten Kosten der Unterkunft die Veränderungen bei Umwelt- und Versorgungsverwaltung, das Elterngeld und die Beihilfebearbeitung für Landesbedienstete zu nennen.

Die kommunale Ebene muss eigene verbrieftete Einnahmemöglichkeiten behalten, um die grundgesetzlich garantierte Funktion als eigenständige Handlungsebene im Staatsaufbau erfüllen zu können. Auch die Gewerbesteuer muss nach Ansicht der GRÜNEN in ihrem Charakter als kommunale Wirtschaftssteuer erhalten und gestärkt werden, indem ihre Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung der freien Berufe erweitert wird.

Nur so haben wir, auch hier im Rhein-Kreis Neuss, überhaupt noch die Möglichkeit politisch gestalten zu können.

In den letzten Jahren – auch hier ein Déjà Vu! - hat die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zukunftsorientierte Veränderungen in der Kreispolitik angemahnt.

Weil sich wenig verändert hat, weil wenig Gestaltungswille trotz Krise vorhanden ist, werden wir GRÜNE nicht müde, zukunftsorientierte Veränderungen auch in diesem Jahr einzufordern.

Anders als die FDP, die nicht nur im Finanzausschuss eine ganz eigenwillige Interpretation ihres Kernsatzes „Privat vor Staat“ vorgeführt hat - sie hat keinen einzigen Antrag zur Abstimmung gestellt - wollen wir GRÜNE mitgestalten.

Wir untermauern unseren programmatischen zukunftsorientierten GRÜNEN Weg durch Anfragen, Anträge und durch unser Abstimmungsverhalten.

Lassen Sie mich dies an einigen wichtigen Beispielen erläutern:

Schon in den letztjährigen Haushaltsberatungen und auch in den Jahren davor hat die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Antrag gestellt, die sich unmittelbar bzw. mittelbar im Besitz des Rhein-Kreises Neuss befindlichen RWE-Aktien zu verkaufen und mit dem Mehrerlös die weitere Entschuldung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, Stichwort „Nachhaltige Finanzpolitik“, voranzutreiben.

Wie in jedem Jahr wurde dieser Antrag von der CDU, aber auch von der FDP abgelehnt. Im letzten Jahr, am 9.3.2009, gaben die Freien Demokraten zu Protokoll, dass sie grundsätzlich für einen Verkauf seien, der aber nur bei verbesserten Kursen in Frage käme.

Damals hatte die Aktie einen Kurswert von ca. 90 Euro, heute steht sie bei 65 Euro. Die Differenz des möglichen Erlöses aus dem Aktienverkauf von 2009 zu 2010 übersteigt mit 75.000 Euro den Wert, der als Sicherheit im Lindenhof angelegt ist (das sind 3,6 Millionen Euro).

Darauf - insgesamt hätte der Reinerlös aus dem Verkauf der RWE-Aktien im letzten Jahr ca. 9,7 Millionen Euro betragen - darauf hat die Mehrheit in diesem Kreistag – um es höflich zu sagen - verzichtet.

Während sich die FDP mal wieder verzockt hat, liegen die Motive bei der CDU anders.

Sie kann sich zum einen deshalb nicht von dem Aktienpaket des Energie-Oligopolisten trennen, weil sie ihren Landräten (und Bürgermeister) den Sitz im kommunalen Energiebeirat und im kleinen Aufsichtsrat von RWE sichern will.

Man weiß ja nie, wozu diese Kontakte zu großen Firmen gut sind. Immerhin hat sich die CDU ja schon mal einen Kreisparteitag vom RWE sponsern lassen.

Bei näherer Betrachtung dürfte dies jedoch nur ein Nebenmotiv sein.

Trotz aller Lippenbekenntnisse und kurzem grünen Flackern, zumindest auf Bundesebene, schafft es die CDU nicht, sich aus den alten Wirtschaftsstrukturen und aus der veralteten Energiewirtschaft des Rhein-Kreises Neuss zu verabschieden.

Sie klammert sich an den Dinosaurier RWE, sie schwärmt von CO₂-befruchteten Gewächshäusern, in denen auf künstlichen Nährböden kleine rote Wasserbällchen, früher Tomaten genannt, ohne Nährwert heranwachsen und sie glaubt immer noch an das CCS-Märchen von der CO₂-freien Kohleverbrennung.

Sie hat noch nicht realisiert, dass das fossile Zeitalter zu Ende geht und dass ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, auch und gerade hier im Rhein-Kreis Neuss, eingeleitet werden muss, denn wir haben nur die Wahl, den Strukturwandel zu verschlafen oder ihn konstruktiv zu begleiten.

Was aber machen die Christdemokraten, wenn sie Klima hören?

So war ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Lokalzeit des WDR mit dem richtungsweisenden Satz, „wenn es ausreichend Wasser gibt, dann sind zwei Grad mehr sogar gut fürs Wachstum“, zu vernehmen.

Im Finanzausschuss kam es dann zum politischen Sündenfall:

Sie, meine Damen und Herren aus den Mehrheitsfraktionen, Sie haben die Mittel für das Waldmehrungsprogramm, das der ehemalige Landrat Dieter Patt in einem vielbeachteten Grußwort im September 2002 auf Schloss Dyck noch als einen wichtigen klima- und wirtschaftspolitischen Beitrag des Rhein-Kreises Neuss herausstellte, Sie haben dieses Programm mit Zustimmung ihres politischen Verbündeten um die Hälfte zusammengestrichen.

Sie haben uns dabei in der Sitzung weismachen wollen, das sei über das sogenannte Ökokonto zum Teil aufzufangen.

Ein argumentativ trickreicher Versuch, der, um mit Brecht zu sprechen, den „guten Propagandisten“ auszeichnet, der versucht, aus „einem Misthaufen einen Ausflugsort“ zu machen.

Von dieser Luftbuchung halten wir nicht viel.

Deshalb beantragen wir im Sinne eines Bausteins für einen zukunftsweisenden Klimaschutz, diese Kürzung hier und heute zurückzunehmen.

Die Metapher des Misthaufens könnte auch den Hinweis darauf enthalten, in wessen Interesse eine solche Abkehr von der Waldvermehrung liegt.

Doch Mist kann auch produktiv genutzt werden, wie wir GRÜNE bereits in unserem Antrag zum „Kommunalen Klimaschutz“ im Juni 2007 detailliert aufgezeigt haben. Dessen Ideensammlung entwickeln wir zu konkreten Projekten weiter.

So auch das Projekt, Energie aus Grünabfällen zu gewinnen, für das unser Landtagskandidat Hans Christian Markert verantwortlich zeichnet.

Es enthält belastbare Zahlen für den Rhein-Kreis Neuss, die derzeit von der Kreisverwaltung überprüft und im Umweltausschuss weiter beraten werden.

Auch unser Anstoß zur zukunftsorientierten Qualifizierung im Berufskolleg, unser Antrag „Einrichtung eines Kompetenzzentrums im Bereich Regenerative Energien / Energieeffizienz“ vom März 2008 trägt erste Früchte.

Das von den Schulen und von den Fachabteilungen der Kreisverwaltung entwickelte Energielabor ist ein Baustein für ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft, ein Baustein, dem noch viele folgen müssen.

Auch der Rhein-Kreis Neuss braucht einen GRÜNEN New Deal, der zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, statt sich an die alten Strukturen zu klammern.

Er muss teilnehmen an der „Drei-E-Strategie“ (Energie sparen, Energie effizient einsetzen und Erneuerbare Energien ausbauen), statt den Dinosaurier am Leben erhalten zu wollen.

Das Konjunkturpaket mit seinen ökologisch angehauchten Zielvorgaben ist im Rhein-Kreis Neuss, trotz anderer Begehrlichkeiten, relativ sinnvoll umgesetzt worden.

Hier müssen wir ansetzen.

Wir brauchen ein, zwei, viele Solaranlagen auf den Dächern und die Gebäudesanierung muss vorankommen.

Nicht ermutigend ist allerdings die Kürzungspolitik der Bundesregierung in diesen Bereichen. Nicht ermutigend, weil wir mit Klimaschutzmaßnahmen nicht länger warten können. Nicholas Stern hat treffend geschrieben: „Wenn die Erde eine Bank wäre, man hätte sie längst gerettet.“

Statt aber die Hütchenspieler aus der WestLB zu alimentieren, ist es im wahrsten Sinne des Wortes notwendig, auf allen Ebenen in die Zukunft zu investieren und arbeitslose Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Zukunftsorientierte Politik bekämpft die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen!

Im Rhein-Kreis Neuss müssen wir stärker als bisher, niedrig schwellige Arbeitsangebote, abgestimmt zwischen Kreis und Kommunen, und sinnvolle Qualifizierungsmaßnahmen anbieten, statt über erweiterte Sanktionsmaßnahmen zu beraten. Nur so können wir Ausgaben für den Kreishaushalt auf Dauer einsparen.

Auch muss sichergestellt werden, dass die Arbeitslosen von der ARGE und ergänzend von der Arbeitslosenberatungsstelle umfassend in ihren Rechten und Pflichten beraten werden.

Wir GRÜNE unterstützen die gute Entscheidung des Kreistags, die Jobcenter federführend vom Kreis und seinen Kommunen steuern zu lassen. Würden wir dies der Bundesagentur alleine überlassen - eine zusätzliche Belastung der kommunalen Haushalte wäre die Folge.

Wir GRÜNE begrüßen aber auch jede Maßnahme, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE weiter qualifiziert und sie in ihrer Arbeit unterstützt.

Und auch die Arbeit der Arbeitslosenstelle des Evangelischen Kirchenkreises Gladbach-Neuss muss über das Jahr hinaus gesichert werden.

Dieser Kreishaushalt ist auf Kante genäht.

Er klammert z.B. aus, dass wegen des verzögerten Effekts „erst arbeitslos, dann Hartz IV“ im Laufe des Jahres die Sozialausgaben weiter steigen werden.

Was aber, wenn dies so kommt?

Die Kommunen belasten?

Eine Haushaltssperre verhängen?

Gar Kreisbankrott anmelden?

Soll erst nach dem 9. Mai die Wahrheit auf den Tisch dieses Kreistags gelegt und dann die neue rot-grüne Landesregierung für die Fehlkalkulation der bremsenden Mehrheit in diesem Kreistag verantwortlich gemacht werden?

Das wäre für uns GRÜNE ein weiteres Déjà-vu-Erlebnis.

Aber eines, das Ihnen, und hier verlassen wir das Bild und landen in der Realität, das Ihnen kräftig auf die Füße fallen wird.

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

10. März 2010